

AUNS

Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz

ASIN

Action pour une Suisse
indépendante et neutre

ASNI

Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

16. Geschäftsbericht 2001

Adresse Geschäftsstelle: AUNS, Postfach 218, CH-3000 Bern 16
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28
Internet: <http://www.auns.ch>; E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Vorstand - Comité - Comitato direttivo

Präsident / Président / Presidente

Blocher Christoph, Industrieller, Nationalrat, Fuederholzstr. 34, 8704 Herrliberg

Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Eisenring Paul, Dr. iur., a. Nationalrat, 8037 Zürich

Miesch Christian, Unternehmer, a. Nationalrat, 4425 Titterten/BL

Cipolla Jean-Dominique, notaire, 1920 Martigny/VS

Mitglieder / Membres / Membri

Ammann Gabriela, dipl. Krankenschwester, 3006 Bern

Anderegg Norberto, Instruktor Sicherheitsdienste, 6830 Chiasso/TI

Bertinat Eric, horloger, 1637 Charmey/FR

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, 3052 Zollikofen BE

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach, ZH

Moser René, Unternehmensberater, a. Nationalrat, 5610 Wohlen/AG

Reimann Lukas, Jus-Student, 9500 Wil SG

Schalcher Heinrich, a. Nationalrat, 8408 Winterthur

Scheidegger René, administrateur, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Technischer Kaufmann, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden

Surber-Devoto Conrado A., dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., 8200 Schaffhausen

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Revisor / Vérificateur / Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 218, CH-3000 Bern 16

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch;

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: <http://www.auns.ch>

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann / Sekretariat: Katharina Fischer

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Case postale 2, 1470 Estavayer-le-Lac

Internet: <http://www.asin.ch>

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Casella postale 975

6830 Chiasso

Internet: <http://www.asni.ch>

1. Das Umfeld im Jahre 2001

Die Welt ist nach der Friedenseuphorie der 90er Jahre zurückgekehrt zur „normalen Realität“ des Machtkampfes überall und jederzeit. Die Weltpolitik des Jahres 2001 war geprägt von Krieg und Gewalt; vom Bilden und Lösen von Allianzen, von wirtschaftlichem Wettkampf.

Ein Donnerschlag für die freie Welt war der 11. September 2001, als das scheinbar Udenkbare geschah: Zu allem entschlossene Terroristen und Fanatiker trafen die Supermacht Amerika an einem Lebensnerv mit dem Terrorangriff auf das Machtsymbol World Trade Center. Die Terroristen, welche Tausende von unschuldigen Opfern eiskalt in Kauf nahmen und sogar möglichst viele Opfer anstrebten, hatten sich in banalster Weise das „System“ ihres Todfeindes zunutze gemacht und sich sogar vom Feind ausbilden lassen.

„Werden wir künftig mit dem permanenten Ernstfall leben müssen?“ fragen sich viele Bürger.

Sogleich wurde im „Zeitalter der Globalisierung“ von der UNO im Sog der USA lauthals der weltweite Kampf gegen den Terrorismus verkündet und beschlossen. Der Kampf gegen den Terrorismus wurde zur „kollektiven“ Pflicht erklärt. Die russische Führung hat sogleich die abtrünnigen Tschetschenen zu Terroristen erklärt. Ebenso erklärten die Israeli Arafat zum Terroristen.

Im Zusammenhang mit der UNO-Beitrittspropaganda in der Schweiz wurde von Befürworterseite erklärt, gegen Terrorismus gebe es keine Neutralität. Als ob sich diese Frage stellen würde! Terrorismus ist kein Staat sondern eine Kampfmethod. Es ist die menschenverachtende Kampfmethod der Machtlosen. In diesem Zusammenhang die Neutralitätsfrage zu stellen, ist absurd. Selbstverständlich ist jeglicher Terrorismus scharf zu verurteilen. Aber wir sagen selbst, wer ein Terrorist ist. Bei aller Internationalität ist das Denken wichtiger als das Nachahmen.

Denn letztlich ging es auch im Jahr 2001, und darüber hinaus, nicht primär um den Frieden in der Welt. Vielmehr geht es um Machtverteilung, um Einfluss, um die Vorherrschaftsansprüche zwischen

den Grossmächten der Welt. Es geht um nationale Interessen, um Wasser, Öl, Bodenschätze, Ressourcen, Handelswege, Lebensräume und dergleichen mehr.

Deshalb war die Schlüsselfrage im Berichtsjahr 2001 und auch für die Zukunft die Frage nach der Freiheit: Wie kann die Schweiz ihre Freiheit, ihre Souveränität und die Wohlfahrt am ehesten sichern – zum Nutzen der Schweiz und der Welt?

Die Antwort kann für uns nur heissen: Wahrung einer grösstmöglichen Handlungsfreiheit. Weltoffen bleiben. Sich nicht in internationale Grossstrukturen und Machtorganisationen einbinden lassen. Sich nicht in internationale Konflikte hineinziehen lassen. Für Ordnung sorgen im eigenen Land.

Es ist die Aufgabe der AUNS, unsere erfolgreichen Staatssäulen Freiheit, Volkssouveränität, Unabhängigkeit und integrale Neutralität gegen Erosion zu schützen, zu wahren und zu stärken.

1.1. Die Europäische Union

EURO, Osterweiterung, Reformen: Das waren die Schwerpunkte der EU im Berichtsjahr 2001 und darüber hinaus.

EURO wohin?

Nach jahrelanger Vorbereitung, und versehen mit vielen Vorschusslorbeeren, brach in der Sylvesternacht 2001 der „Tag an, an dem der EURO kam“ (Bruno Bandulet, Bad Kissingen).

Mit grossem Brimborium wurde von den Regierungen die neue Währung gefeiert. Die relativ reibungslose Währungsumstellung wurde als Erfolg und Vertrauensbeweis für den EURO zelebriert.

Die administrativ reibungslose Einführung war auch nicht anders zu erwarten. Die Banken hatten jahrelang Zeit, sich auf den Tag X vorzubereiten. Die EU ist schliesslich ein Staatengebilde, wo wenigstens die Umverteilung ziemlich perfekt funktioniert: Einige zahlen, und viele „garnieren“, was nicht bereits durch Korruption, Betrug und Bürokratie abgesahnt worden ist!

Fast alle Medien schwelgten in EURO-Propaganda und Euphorie. Am 3. Januar beispielsweise titelte die „Welt“: «Traumstart: EURO löst Konsumwelle aus.» Lediglich die „Süddeutsche Zeitung“ blieb auf Distanz. Sie schrieb am 4. Januar: «Noch nie hat es eine derartige konzentrierte Aktion von Politik, Werbewirtschaft und nahezu gleichgeschalteten Medien gegeben.»

Entgegen allen Lobpreisungen für die neue Einheitswährung stellte eine Studie im „Handelsblatt“ vom 31. Dezember 2001 fest, dass von der Idee einer deutschen Einheitswährung kaum emotionale Bindungskraft ausgehe „Die Menschen erleben den EURO als heimatlose Währung“.

Schon kurz nach dem euphorischen Start, den man mit umfangreichen Stützungsmaßnahmen gesichert hatte, wurde die Einheitswährung EURO von der ökonomischen Realität eingeholt. Denn entscheidend ist nach wie vor die Tatsache, dass der EURO nicht auf einer ökonomischen Grundlage beruht, sondern dass er politisch verordnet wurde. Es wird zunehmend zur Talfahrt des EURO kommen, weil diverse Staaten ihre Finanz- und Wirtschaftsdaten manipulieren, um die Konvergenzkriterien (Verschuldungsrate von max. 2% des Bruttoinlandsprodukts) zu erfüllen.

Die Grundlage für eine solide Währungs-, Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik der Teilnehmerstaaten fehlt. Vielmehr setzt die EU alles daran, um den Steuerwettbewerb abzuschaffen und Zinsinseln (wie die Schweiz) im EU-, EWR- und sogar im OECD-Raum zu eliminieren. Mit der Forderung nach einer einheitlichen Zinsbesteuerung wird zudem die Abschaffung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses und die Schwächung unseres Finanzplatzes angestrebt.

Eine Meldung der sda (Schweizerische Depeschenagentur) besagte schon am 16. Januar 2002, der Euro sei „bedenklich am Tauchen“. Und entgegen beschönigenden Euro-Statistiken stellte die renommierte Zeitschrift "Focus" vom 25. Februar 2002 fest, beim persönlichen Einkauf merke jeder Bundesbürger sofort, dass die Preise für den täglichen Konsum „weit über die amtliche Konsumrate“ gestiegen seien. „Im Widerspruch zu ihrem schnell schrumpfenden Euro-Vorrat und den amtlichen Messungen verstehen alle Hausfrauen (...), was Winston Churchill uns sagen wollte mit seinem Geständnis:“ Ich glaube nur an Statistiken, die ich selber gefälscht habe.“

Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman sieht in der Einführung des Euro einen grossen Fehler. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften seien zu gross.

Auch der Präsident der Bank von England, Sir Eddie George, hat sich in die zunehmend heftigere Debatte über einen möglichen Beitritt Grossbritanniens zur europäischen Währungsunion eingeschaltet. Er hat die Briten vor einem möglichen Beitritt Grossbritanniens zum „schwachen Euro“ in einem BBC-Interview ausdrücklich gewarnt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Studie der UBS zur Zukunft des Schweizer Frankens (NZZ, 25.10.2000). Sie warnt davor, den Schweizer Franken an den EURO anzubinden. Dies hätte zur Folge, dass der Zinsbonus gegenüber EURO-Anlagen verringert und der Franken seine Attraktivität als internationale Anlagengewährung verlieren würde. Die Schweiz, so die UBS-Studie, dürfe ihre monetäre Unabhängigkeit keinesfalls aufgeben. «Die Schweiz hat eine lange Tradition wirtschafts- und währungspolitischer Stabilität, die sich in niedriger Inflation, tiefen Zinssätzen und einer bedeutenden internationale Rolle des Frankens spiegelt.»

Mit einer Anbindung an den EURO laufe die Schweiz Gefahr, Instabilität statt Stabilität zu importieren und damit die hervorragende volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz zu kompromittieren. Dies umso mehr, als mit Blick auf die geplante Osterweiterung der EU mit einer „noch heterogeneren Währungsunion“ zu rechnen sei.

EU-Osterweiterung

Die Zukunft der EU verdüstert sich immer mehr. Längst überfällige Reformen – Voraussetzung für die Osterweiterung – werden in die ferne Zukunft verschoben. Erst 2004 sollen die Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und EU neu geregelt und die Defizite bei der demokratischen Kontrolle abgebaut werden. Doch wie schon das Gipfeltreffen Ende 2000 in Nizza gezeigt hat, ist die EU zu einer grundlegenden Reform nicht fähig. Mit 5 (ab 2004) oder gar 10 neuen Mitgliedern (Zypern, Malta, Ungarn, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Tschechien, Slowakei und Slowenien – Bulgarien, Rumänien und die Türkei wurden auf später vertröstet) ist dies vollends undenkbar. Auch die finanziellen Risiken sind enorm, rechnet man doch mit Kosten von

420 Milliarden EURO (rund 700 Milliarden Franken!) für die EU-Erweiterung.

Das fast unlösbare Problem liegt darin, dass die meisten Beitrittskandidaten praktisch konkursreif sind und Mängel und Rückstände aufweisen, die bis 2004 unmöglich zu beseitigen sind. So belaufen sich beispielsweise Polens kurzfristige Schulden auf rund 30 Milliarden EURO. Dazu kommt ein Haushaltsdefizit von rund 46 Milliarden EURO. Und schliesslich muss die polnische Staatsregierung für Bilanzverluste der pseudo-privatisierten ehemaligen Staatsbetriebe in der Höhe von mindestens 12 Milliarden EURO geradestehen.

Zwar listet Brüssel zahlreiche Mängel bei fast allen Beitrittskandidaten beim Aufbau moderner Justiz- und Verwaltungsstrukturen auf, und überall hapert es bei der Bekämpfung der Korruption. Doch verglichen mit den riesigen wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitischen Schwierigkeiten der Aufnahmekandidaten ist das fast nebensächlich. Und beim Hauptzahler Deutschland regt sich mehr und mehr Widerstand.

Eine Auswahl der wichtigsten EU-Netto-Zahler und -Empfänger zeigt folgendes Bild (NZZ, 26.9.01):

	Beitrag an EU-Budget(%)	Zahlungen aus EU-Budget(%)
Deutschland	25,3	14,0
Frankreich	17,7	16,7
Griechenland	1,6	7,6
Grossbritannien	14,7	10,6
Irland	1,2	3,6
Italien	13,1	14,7
Niederlande	5,2	3,0
Österreich	2,5	1,9
Portugal	1,5	4,4
Schweden	3,1	1,6
Spanien	7,6	14,9

Laut der verantwortlichen Kommissarin für den EU-Haushalt, Michaela Schreyer, steht die EU vor einer „budgetären Katastrophe“. Mit der Osterweiterung wird sich die Situation noch massiv verschlechtern.

Kein Wunder, dass die Schweiz als Nettozahlerin hoch geschätzt wäre!

Betrug, Korruption und Manipulation wie eh und je

Die Zukunft der EU wird durch Betrügereien, Korruption und Manipulation noch zusätzlich verdüstert. Die Fälle, auf welche das EU-Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf) bei seinen Ermittlungen stösst, werden immer häufiger: So wurde im Berichtsjahr ein Subventionsbetrug im Umfang von mehreren Hundert Millionen Franken bekannt: Für Spanien waren Agrarbeihilfen für nie produzierten Flachs genehmigt und bezahlt worden – sanktioniert von der spanischen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission persönlich! In Frankreich wurde ein grossangelegter Millionen-Betrug mit gepanschter Butter bekannt: In beiden Fällen gab es praktisch Staatsschutz für Subventionsbetrüger. Trotz der Tatsache, dass der Europäische Rechnungshof der Brüsseler Kommission zum siebten Mal in Folge schwere Mängel bei der Mittelbewilligung vorwirft und von einer unakzeptablen Geldverschwendung spricht, geschieht ausser schönen Absichtserklärungen praktisch nichts. Misswirtschaft, Betrug und Korruption sind nicht auf „schlechte Menschen“ zurückzuführen, sondern auf die Unkontrollierbarkeit der riesigen bürokratischen EU-Konstruktion. Und diese Konstruktion wird – siehe Osterweiterung – immer grösser und unübersichtlicher, und niemand trägt die Verantwortung.

Reformdiskussionen ohne Ende

Nach dem schmalbrüstigen Nizza-Gipfel Ende 2000 folgte am Ende des Berichtsjahres eine weitere Verhandlungsrunde des Europäischen Rates im belgischen Laeken. Über konkrete Reformen wurde aber auch hier nichts entschieden, denn die Divergenzen sind allzu gross.

Ende Februar 2002 findet in Brüssel der „Reform-Konvent“ der EU statt: 215 Jahre nach dem berühmten Konvent von Philadelphia versucht die EU einen ähnlichen Geniestreich. Was damals der Verfassungsgebenden Versammlung unter George Washington für die USA gelang, soll die EU unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in Angriff nehmen. Der Konvent soll „die wesentlichen Fragen prüfen, welche die künftige Entwicklung der Union aufwirft, um sich um verschiedene mögliche Antworten zu bemühen“. Man will „neue Möglichkeiten“, nicht aber „neue Zwänge“ schaffen. Innert 18 Monaten soll eine Art EU-Verfassung ausgearbeitet werden.

1.2. In der Schweiz

Im Berichtsjahr war für unser Land aus Sicht der AUNS vor allem folgendes von Bedeutung:

?? **Wirtschaftsstandort Schweiz**

Sämtliche Wirtschaftsdaten der Schweiz – Wachstum, Produktivität, Export, Investitionen, Arbeitslosigkeit, Währung, Stabilität, Inflation – zeigen die vergleichsweise nach wie vor gute Verfassung der schweizerischen Volkswirtschaft. Auch im 9. Jahr nach dem EWR-Nein ist keine der seinerzeit von Integrationsbefürwortern behaupteten negativen Entwicklungen eingetreten. Bei allen bedeutenden internationalen Untersuchungen über die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit gehört die Schweiz nach wie vor zur Spitzengruppe – ein Beweis dafür, dass die souveräne, direktdemokratische Schweiz die Anforderungen des Marktes besser meistert als vergleichbare Staaten, die sich in politische Blöcke eingebunden haben. Hingegen wurden jene, die immer noch dem EWR nachtrauern, nicht müde, das EWR-Nein nachträglich als Ursache für das unglaubliche **Swissair-Debakel** verantwortlich zu machen, was jeder Grundlage entbehrt. Vielmehr hat der Fall Swissair und der Niedergang anderer Unternehmen mit dem Grössenwahn von Managern und Verwaltungsräten zu tun, alles müsse noch grösser, noch „globaler“, noch internationaler sein. Dies zum Nachteil der Unternehmen und der Aktionäre.

Es ist kein Zufall, dass es oftmals die gleichen Leute sind, welche völlig versagt haben, die nun die Schweiz in die internationalen Organisationen führen wollen, weil auch dort Grösse und Unübersichtlichkeit regiert.

?? **Wichtiges Nein zum EU-Beitritt**

Am 4. März 2001 hat das Schweizer die EU-Beitrittsinitiative „Ja zu Europa“ welche „ohne Verzug“ Beitrittsverhandlungen für die EU verlangte, wuchtig abgelehnt.

Bei einer Stimmbeteiligung von rund 55 Prozent haben 76,7 % sowie sämtliche Kantone NEIN gesagt. Der im Vorfeld immer wieder beschworene Röstigraben fand nicht statt.

(Illustration "Gerupftes Huhn")

Zwar hatte sich der Bundesrat aus taktischen Gründen für ein NEIN ausgesprochen (und sah damit seine Politik „bestätigt“). Er erhoffte sich jedoch ein knappes Nein, um seinen Integrationszug zur EU fortzusetzen, denn sein Drang zum EU-Beitritt ist Programm und das Beitritts-gesuch liegt nach wie vor in Brüssel.

Die AUNS, die einen vielbeachteten Kampf gegen diese Initiative geführt hat, sorgte für das wuchtige NEIN. Damit müsste der EU-Beitritt vom Tisch sein.

?? **Ja zum Militärgesetz**

Am 10. Juni 2001 hat das Schweizer Volk den beiden Militärvorlagen, der sogenannten „Ausbildungszusammenarbeit“ sowie der „Bewaffnung zum Selbstschutz“ nach heftigem Abstimmungskampf mit knappem Mehr (51:49%) zugestimmt.

Die AUNS, die erfolgreich das Referendum ergriffen hatte, hat damit eine Schlacht verloren – nicht aber den von Bundesbern aufgezwungenen „Krieg“ zur Wahrung einer freien, unabhängigen, neutralen Schweiz. Die AUNS und das überparteiliche Komitee „Friedensplatz Schweiz“ hatten im Vorfeld unmissverständlich und plakativ („Soldatenfriedhof“) angeprangert, dass es dem Bundesrat um eine grundlegende Kursänderung in der Sicherheitspolitik ging und geht: Schweizer Soldaten sollen in ausländischen Konflikt- und Kampfgebieten eingesetzt werden, und ausländische Soldaten sollen das Kriegshandwerk auch in der Schweiz üben. Es ging am 10. Juni um die Teilnahme von Schweizer Soldaten an ausländischen Kriegen und letztlich um den NATO-Anschluss der Schweiz. Deshalb stellte die AUNS die Kernfrage ins Zentrum: „Sollen Schweizer Soldaten für fremde Händel sterben?“

(Illustration "Soldatenfriedhof")

Als sich für den Bundesrat gegen Ende der Kampagne immer mehr eine Niederlage abzuzeichnen begann, startete Bundespräsident Leuenberger einen Angriff auf den „Stil“ der AUNS-Kampagne und bezeichnete sich selbstherrlich als moralische Instanz im Lande.

Der Bundesrat und befürwortende Kreise hatten im Abstimmungskampf stets darauf hingewiesen, dass die schweizerische Neutralität auch bei Annahme der beiden Militärvorlagen gewährleistet sei. Ebenso nahmen sie die Zielsetzung der NATO-Unterstellungsfähigkeit und des NATO-Anschlusses aus Angst vor einer Niederlage zurück und betonten, der Milizcharakter der Schweizer Armee vollauf gewahrt.

Die AUNS hat darauf umgehend klargemacht, dass sie den Bundesrat und das Parlament beim Wort nehmen werde. Wenn diese Versprechungen eingehalten werden sollen, so braucht es wesentliche Korrekturen bei der Armee XXI.

Sollte die bevorstehende Totalrevision des Militärgesetzes dies nicht berücksichtigen, so müsste die AUNS ein allfälliges Referendum unterstützen. Ebenso wird die AUNS Rüstungskrediten nur soweit zustimmen, als sie für die Modernisierung unserer Widerstandsarmee zum Schutz unseres Landes nötig sind.

Bilaterale Verträge

Nachdem das Schweizer Volk den bilateralen Verträgen mit der EU am 21. Mai 2000 zugestimmt hatte, sind diese 7 Verträge bei Redaktionsschluss, nach über 20 Monaten, immer noch nicht in Kraft. (Das ist in Anbetracht der schlechten Verträge, deren Auswirkungen u.a. beim Lastwagenchaos längst spürbar sind, allerdings eher von Vorteil!)

Die sieben Abkommen in den Bereichen Landverkehr, Luftverkehr, Personenfreizügigkeit, Forschung, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft und Handel wurden zwar am 4. Mai 2000 im EU-Parlament abgesegnet. Der Vertrag über die Personenfreizügigkeit musste aber von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Die letzte Ratifikation erfolgte durch die Regionalparlamente von Flandern und Wallonien am 19. Dezember 2001.

In einem **weiteren Verhandlungspaket** hat der Bundesrat am 27. Juni 2001 sieben Mandate für weitere bilaterale Verhandlungen verabschiedet, und zwar in den Bereichen Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Bildung - Berufsbildung - Jugend, Medien, Umwelt, Statistik und Ruhegehälter.

Am 21. Dezember 2001 hat der Bundesrat drei weitere Verhandlungsmandate gutgeheissen: allgemeine Dienstleistungsliberalisierung, **Schengener und Dubliner Abkommen** (Justiz, Asyl, Migration) sowie **Zinsbesteuerung**.

In den vier Bereichen Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt und Statistik wurde die neue Verhandlungsrunde bereits am 5. Juli 2001 gestartet. Sobald die EU auch die übrigen Mandate verabschiedet hat, können die Verhandlungen in allen sechs übrigen Bereichen beginnen.

Die AUNS wird vorab die Bereiche Schengen/Dublin sowie Zinsbesteuerung (Bankgeheimnis) im Auge behalten, weil dort die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes gefährdet ist.

Knappes Ja zum UNO-Beitritt

Am 3. März 2002 haben nach einem intensiven Abstimmungskampf, 54,6 Prozent der Stimmenden und 12 von 23 Kantone ja gesagt zum Beitritt zur politischen UNO.

Mit einem gigantischen Aufwand von mindestens 20 Millionen Franken, mit Steuergeldern in Millionenhöhe und mit der Unterstützung durch Wirtschaftsverbände und die Hochfinanz sowie fast aller Medien, des Staatsradios und des Staatsfernsehens haben die Befürworter einen knappen Sieg erreicht.

Der Bundesrat hatte im Abstimmungskampf immer wieder versichert, der zusätzliche Beitrag an die UNO werde jährlich höchstens 70 Millionen Franken betragen, die Neutralität bleibe unberührt, der Bundesrat werde keine Soldaten ins Ausland schicken, und mit der EU habe der UNO-Beitritt nichts zu tun.

(Illustration Plakat "Neutralität")

An diesen klaren Versprechungen wird die AUNS den Bundesrat künftig messen und Bilanz ziehen. Der Bundesrat trägt die volle Verantwortung, und wir werden ihn beim Wort nehmen.

Die AUNS, die als einzige überparteiliche Lobby zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität angetreten war, ist noch viel wichtiger geworden. Denn diese Staatsgüter sind mehr gefährdet, denn je!

Leider hat die Schweiz am 3. März 2002 wieder ein Stück ihrer Besonderheiten verloren. Die AUNS wird alles daran setzen, dass die Schadensbilanz durch den UNO-Beitritt – auch im wirtschaftlichen Bereich – in möglichst engen Grenzen bleibt.

2. Die AUNS

2.1. Aktivität während des Berichtsjahres

Mitgliederversammlung 2001

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) hat ihren Mitgliederbestand im Jahr 2000 um 1568 auf über 40'000 Mitglieder gesteigert. Die rund 1'000 Personen, die am 19. Mai 2001 im Hotel „National“ in Bern zur 16. ordentlichen Mitgliederversammlung zusammenkamen, lehnten die Änderung des Militärgesetzes einstimmig ab. Ferner verabschiedeten sie die Resolution „Keine Schweizer Soldaten im Ausland“.

AUNS-Präsident Nationalrat Christoph Blocher wies in seiner Standortbestimmung auf den langjährigen, erfolgreichen Kampf der AUNS für die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralität hin. Bei der letzten entscheidenden Weichenstellung am 4. März 2001 habe das Volk mit sämtlichen Kantonen die EU-Beitrittsinitiative „Ja zu Europa“ wuchtig abgelehnt. Das AUNS-Plakat mit dem von der EU „gerupften Huhn Schweiz“ habe seine Wirkung nicht verfehlt.

„Die AUNS steht bereits wieder mitten im Kampf für ein doppeltes Nein zum Militärgesetz am 10. Juni“, stellte Blocher fest. Diese Abstimmung sei für die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralität von grosser

Bedeutung. Es gelte, dem Gefasel von „Friedensförderung“ und von „internationaler Solidarität“ aus dem Bundeshaus entgegenzutreten und die Internationalisierung der schweizerischen Widerstandsarmee zu stoppen. „Unsere Milizarmee darf nicht zu einer Interventionsarmee für den Einsatz im sogenannten „grosseuropäischen Sicherheitsraum“ umgemodelt werden“, warnte Blocher.

Die Zusammenarbeit mit fremden Armeen und der Einsatz von Schweizer Soldaten in fremden Konflikt- und Kriegsgebieten bedeute letztlich, den Krieg ins eigene Land zu holen.

Generäle und Steuergelder für Staatspropaganda

Blocher verurteilte die Desinformations- und Indoktrinationskampagnen von seiten des Verteidigungsdepartementes, des Bundesrates und gewisser Befürworterkreise zum Militärgesetz mit aller Schärfe: So würden die NATO-Unterstellung von Schweizer Soldaten und der völlige Kurswechsel in unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik vernebelt und beschönigt, „obwohl die offiziellen VBS-Dokumente Klartext sprechen.“ Das Verteidigungsdepartement decke alle Kommandanten mit Propagandamaterial ein, und Bundesangestellte reisten mit teurem Propagandamaterial für Vorträge im Land herum. Und in militärischen Kursen werde für das Militärgesetz und die Armee XXI indoktriniert. Zudem gebe es auf Befürworterseite einen unglaublichen Filz von Werbebüros bis zum Wirtschaftsverband economiesuisse, weil man fette Armeeaufträge hereinholen könne.

Widerstandsarmee statt Interventionsarmee

Divisionär aD Dr. Hans Bachofner warnte vor dem Anschluss an die NATO, dem „alternden Bündnis mit tiefen Rissen“, das sich vom Verteidigungsbündnis zum Interventionsinstrument gewandelt habe. Bei der sogenannten „humanitären Intervention“ – einem falschen Konzept aus den frühen 90er Jahren – habe die Schweiz nichts verloren. Am 10. Juni brauche es ein doppeltes Nein. Damit werde der Bundesrat gezwungen, eine Reform zur Modernisierung der schweizerischen Widerstandsarmee voranzutreiben, welche Garant dafür sei, „dass sich Gewalt gegen die Schweiz nicht lohnt.“

Nein zur Schweizer Armee als NATO-Marionette

Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli, Uerikon, warnte davor, Schweizer Soldaten als Söldner für fremde Dienste im Interesse von Grossmächten

missbrauchen zu lassen. Führende Leute in Politik, Diplomatie, Verwaltung und Armee würden durch den von ihnen geforderten Einsatz von Schweizer Truppen im Ausland und von ausländischen Truppen in der Schweiz zwar an Einfluss, Prestige, Konferenzreisen und gut bezahlte Mandate gewinnen. „Die Bürgerinnen und Bürger aber verlieren durch die internationale Einbindung an Mitspracherecht, Freiheit und Unabhängigkeit.“

Mörgeli zeigte anhand offizieller Dokumente aus dem VBS auf, dass der NATO-Anschluss schon erschreckend weit gediehen ist. Unsere Armee sei aber kein privates Instrument zur Prestigepflege von Regierung und Generälen, sondern letztes Mittel zur Verteidigung der Freiheit des Volkes.

Blocher erinnerte sodann an den Auftrag und die Zielsetzung der AUNS: Als überparteiliche Lobby für die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit habe sich die AUNS voll auf die Wahrung dieser zentralen Staatssäulen zu konzentrieren.

Vorbereitungen für die UNO-Kampagne

Die 2. Hälfte des Berichtsjahres 2001 stand weitgehend im Zeichen der Vorbereitungen im Hinblick auf die UNO-Abstimmung vom 3. März 2002.

Die Geschäftsstelle erstellte ein umfangreiches UNO-Argumentarium, ein Kurzargumentarium sowie ein Musterreferat mit Foliensatz. Am Samstag, 3. November 2001, fand in Zürich die Referentenschulung mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Zudem wurden nationale und kantonale Abstimmungskomitees ins Leben gerufen und durch die Geschäftsstelle koordiniert.

Ab Ende der Berichtsjahres bis Ende Februar 2002 fanden über 150 Veranstaltungen zum UNO-Beitritt statt, davon über 30 Grossveranstaltungen mit Christoph Blocher. Der eigentliche Abstimmungskampf wurde am Montag, 7. Januar 2002, mit der Pressekonferenz des „Schweizerischen Aktionskomitees gegen den Beitritt zur politischen UNO“ eröffnet. Die AUNS-Geschäftsstelle und die AUNS-Mitglieder haben ein umfangreiches Mass an Arbeit geleistet, um den UNO-Beitritt zu verhindern. Leider wurde das Ziel um Haaresbreite verfehlt.

Weitere Aktionen

Das Angebot der **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch wurde inhaltlich weiter ausgebaut. Immer mehr wird mit der elektronischen Post „e-mail“ korrespondiert. Vor allem Schüler und Studenten gelangen mit ihren Fragen auf diesem Weg an die AUNS.

Die bereits 1997, 1998, 1999 und 2000 durchgeführte Inserate-Aktion in der Auslandschweizer Zeitung „**Schweizer Revue**“ wurde auch im Jahre 2001 fortgesetzt.

In der Suisse Romande wurden die in den letzten Jahren aufgebauten Strukturen gefestigt. Ende 2001 verfügte die Geschäftsstelle unter Führung des Koordinators "Westschweiz", Herrn René Scheidegger, in allen Kantonen über zuverlässige Ansprechpartner für die Planung und Durchführung von Aktionen. Lediglich im Kanton Neuenburg müssen noch weitere Anstrengungen für den Aufbau unternommen werden.

Die neuen Regionalgruppen hatten mit der UNO-Kampagne ihre Bewährungsprobe zu bestehen.

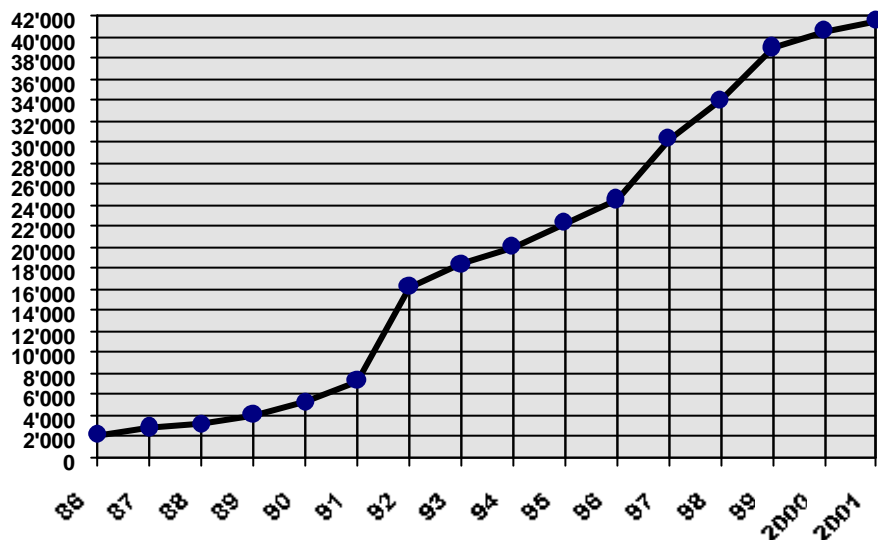
Heute kann zudem festgestellt werden, dass die Berichterstattung der Medien über die AUNS in der Suisse Romande besser geworden ist. Die AUNS ist auch im Welschland zunehmend respektiert als bedeutende und immer wichtigere politische Kraft.

Im weiteren hat die AUNS mit verschiedenen **Communiqués, Presseartikeln, Vernehmlassungen** und anderen Verlautbarungen Stellung genommen zu aktuellen Fragen, welche die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes betreffen.

Verschiedene öffentliche **Veranstaltungen** sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen, bei Verbänden, bei militärischen Rapporten etc., die vom Geschäftsführer oder seinem Stellvertreter bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS bekannt zu machen.

2.2. Mitgliederbestand

15.3.2002	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mitglieder	15 549	17 841	21 094	24 641	29 480	30 961	31 779
Gönner	2 856	2 590	2 815	2 911	2 846	2 834	2 841
Sympathisanten	3 946	4 100	6 378	6 503	6 715	6 814	6 942
Total	22 351	24 531	30 287	34 055	39 041	40 609	41 562



Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten konnte im Geschäftsjahr 2001 wiederum leicht erhöht werden. Unter Abzug der üblichen Abgänge kann für die gesamte Schweiz ein Netto-Zuwachs von 953 Mitgliedern ausgewiesen werden. Somit betrug der Mitgliederbestand per 15. März 2002: 41'562. Im Vergleich zu den Vorjahren fiel der Zuwachs geringer aus. Dies ist auf die Konzentration der Mittel auf die Teilrevision des Militärgesetzes und für die UNO-Abstimmung zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurden daher keine besonderen Mitgliederwerbemaßnahmen (Inserate, Wettbewerb) lanciert.

2.3. Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2001

	Rechnung 2000	Rechnung 2001
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1'679'109.29	2'425'180.55
Zinsen	69'387.95	97'152.70
	<u>1'748'497.24</u>	<u>2'522'333.25</u>
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	872'705.64	3'730'035.35
Mitgliederbriefe, Presse	332'181.15	451'747.75
Sonderaktionen	228'592.56	277'762.30
Abschreibungen	39'434.55	36'507.40
Allgemeines	119'548.35	118'051.85
	<u>1'592'462.25</u>	<u>4'614'104.65</u>
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1'748'497.24	2'522'333.25
Total Ausgaben	1'592'462.25	4'614'104.65
Einnahmenüberschuss	+ 156'034.99	- 2'091'771.40

Bilanz per 31. Dezember 2001

Kasse	2'478.00	
Postcheck	141'162.00	
Gewerbekasse Bern	228'924.33	
Wertschriften	1'398'828.00	
Guthaben VST*	49'018.53	
EDV-Anlage, Mobiliar	66'680.00	
Kreditoren		184'708.60
Sonderfonds		54'961.65
Kapital		1'647'420.61
	<u>1'887'090.86</u>	<u>1'887'090.86</u>

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 19. Mai 2001 beschloss, die Jahresbeiträge für 2002 nicht zu erhöhen: Mitglied Fr. 35.-, Ehepaare Fr. 50.-, Gönner Fr. 100.- und Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um Fr. 625'180.55 höher aus als budgetiert.

Andererseits wurden 1'834'104.65 Franken mehr ausgegeben als veranschlagt. Der Grund dafür ist der Kampf gegen die EU-Initiative „Ja zu Europa“ vom 4. März 2001, gegen das Militärgesetz vom 10. Juni 2001 und die Vorbereitung der UNO-Abstimmungskampagne vom 3. März 2002.

Die Rechnung 2001 schliesst somit mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 2'091'771.40 ab. Das der AUNS zur Verfügung stehende Reinvermögen beträgt per 31. Dezember 2001 rund 1,82 Mio. Franken.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihre finanziellen Engagements.

2.4. Vorstand

Der Vorstand tagte wie üblich während den Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern, also insgesamt viermal. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand die integrationspolitische Lage der Schweiz, die UNO-Initiative, die Teilrevision des Militärgesetzes, die Armee XXI sowie die bilateralen Verträge im Vordergrund.

2.5. Geschäftsstelle

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr war bisher Werner Gartenmann als Stellvertreter auf der Geschäftsstelle tätig. Gartenmann hat gegen die Mitte des Berichtsjahres eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft angetreten. Seit dem 1. September 2001 ist nun Herr Jeremias Riesch als (vollamtlicher) Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Riesch sowie der Sekretärin Katharina Fischer arbeiteten je nach Arbeitsanfall weitere Teilzeit-Arbeitskräfte mit. Dies war insbesondere gegen Ende des Berichtsjahres und zu Beginn des Jahres 2002 nötig, damit der grosse Arbeitsanfall im Zusammenhang mit der UNO-Abstimmungskampagne bewältigt werden konnte. Die Grösse der AUNS mit über 41'000 Mitgliedern, der Ausbau der Tätigkeit vor allem im Welschland und die immer wichtigere Stellung im politischen Kräftespiel erfordern eine leistungsfähige Geschäftsstelle.

2.6. Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich dreimal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne. Schwerpunkte waren der Ausbau der kantonalen Stützpunkte und "Aktivistennetze", insbesondere im Hinblick auf die Kampagne gegen das Militärgesetz und gegen den Beitritt zur politischen UNO.

Broschüren

Neue Titel:

- "Gedanken zum UNO-Beitritt der Schweiz" von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat.
- Diverse Flugblätter und Kurzargumentationen gegen den UNO-Beitritt.
- "Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!" (Von wahren und falschen Eliten). Albigüetli-Rede 2002 von Nationalrat Dr. Christoph Blocher. Versand an alle Haushaltungen der Schweiz.

Folgende Neuauflagen wurden gedruckt:

- "Gedanken zum Schweizerischen Nein" von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat.
- "Das Wesen der Schweizerischen Neutralität" von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat.

3. Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres als bedeutendste politische Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität mitten in einer Reihe von grossen Herausforderungen: Im Jahre 2001 hat die AUNS entscheidend dazu beigetragen, dass die Initiative "Ja zu Europa" abgelehnt wurde. Ihr ist es zu verdanken, dass die Teilrevision des Militärgesetzes am 10. Juni 2001 vors Volk kam und dass über den neutralitätswidrigen Einsatz von Schweizer Soldaten in ausländischen Konflikt- und Kampfgebieten abgestimmt werden konnte. Dieses Konzept hat im Wesentlichen dazu geführt, dass die detaillierten Pläne im VBS zum NATO-Anschluss öffentlich bekannt geworden sind und mindestens teilweise zurück genommen werden.

Um die Jahreswende 2001 / 2002 war der Kampf gegen den UNO-Beitritt - als Vorstufe gegen den EU-Beitritt unseres Landes - zu führen. Es geht um die zentralen Staatssäulen der Schweiz: um die Unabhängigkeit und die Neutralität. Der Auftrag der AUNS ist nach der knappen UNO-Niederlage entscheidender denn je. Wir haben künftig als Lobby zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität noch entschiedener anzutreten, denn die Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung sind gefährdeter denn je.